Europäisches Parlament
2024–2029

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2025/2209(INI)

7.11.2025

ENTWURF EINES BERICHTS

über Finanzkompetenz und die zunehmende Bedeutung von Influencern im Zusammenhang mit der Spar- und Investitionsunion
(2025/2209(INI))

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Berichterstatterin: Lídia Pereira

PR_INI

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 3

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zur Finanzkompetenz und zur zunehmenden Bedeutung von Influencern im Zusammenhang mit der Spar- und Investitionsunion

(2025/2209(INI))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf den am 8. Juli 2017 veröffentlichten INFE-Bericht der G20/OECD über die Finanzkompetenzen von Erwachsenen in den G20-Ländern,

– unter Hinweis auf den am 11. Januar 2022 veröffentlichten EU/OECD-INFE-Finanzkompetenzrahmen für Erwachsene in der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf den am 12. Januar 2023 veröffentlichten thematischen Bericht des Gemeinsamen Ausschusses der Europäischen Aufsichtsbehörden über nationale Initiativen im Bereich Finanzbildung und Digitalisierung mit Schwerpunkt auf Cybersicherheit und Betrügereien,

– unter Hinweis auf die von der Kommission in Auftrag gegebene Flash-Eurobarometer-Umfrage 525 zur Überwachung des Niveaus der Finanzkompetenz in der EU, die im Juli 2023 veröffentlicht wurde,

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 14. Mai 2024 zu Finanzkompetenzen,

– unter Hinweis auf die am 27. Juni 2024 veröffentlichte OECD-Publikation mit dem Titel „PISA 2022 Results: How Financially Smart Are Students?“,

– unter Hinweis auf die im Juli 2025 angenommene Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Finanzwissen und -kompetenz für die Europäerinnen und Europäer“,

– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 30. September 2025 über eine EU-Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz (COM(2025)0681),

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A10-0000/2025),

A. in der Erwägung, dass Finanzkompetenz eine unverzichtbare Lebenskompetenz und ein grundlegende Fertigkeit ist, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihr persönliches und familiäres Budget besser zu verwalten, was zu fundierten Entscheidungen in Bezug auf Ersparnisse und Investitionen sowie zur Prävention von Betrug und Überschuldung führt;

B. in der Erwägung, dass die Flash-Eurobarometer-Umfrage 2023 der Kommission zeigt, dass die Finanzkompetenz in Europa dringend verbessert werden muss, da nur 18 % der Bürgerinnen und Bürger in der EU über ein hohes Maß an Finanzkompetenz verfügen;

C. in der Erwägung, dass Frauen, junge Menschen und ältere Bürgerinnen und Bürger sowie Personen mit niedrigerem Einkommen oder geringerer beruflicher Qualifikation unverhältnismäßig stark von mangelnder Finanzkompetenz betroffen sind;

D. in der Erwägung, dass in diesem Zusammenhang die Rolle der „Finanz-Influencer“ („Finfluencer“) neue Möglichkeiten für Öffentlichkeitsarbeit und Inklusion schafft, aber auch Risiken wie Interessenkonflikte, irreführende Werbung oder betrügerische Kommunikation bergen kann;

E. in der Erwägung, dass ein vertrauenswürdiges, inklusives und transparentes digitales Umfeld für Finfluencer eine wesentliche Voraussetzung für den Schutz des Vertrauens der Öffentlichkeit in ihre Arbeit ist;

Finanzkompetenz als gemeinsame Anstrengung und geteilte Verantwortung

1. ist sich dessen bewusst, dass die Förderung der Finanzkompetenz in ganz Europa eine zentrale und horizontale Priorität für die EU und ihre Mitgliedstaaten darstellt, da das derzeit niedrige Niveau die Wettbewerbsfähigkeit Europas untergräbt, Ungleichheiten verstärkt, die Generationengerechtigkeit beeinträchtigt und die Widerstandsfähigkeit der Haushalte sowie ihre Fähigkeit gefährdet, in vollem Umfang von den Kapitalmärkten zu profitieren;

2. fordert die Mitgliedstaaten auf, als Ergänzung zur digitalen Bildung und parallel zu formalen Programmen altersgerechte Projekte zur Vermittlung von Finanzwissen in die Lehrpläne der Schulen aufzunehmen und gleichzeitig Initiativen zur Unterstützung von Lehrkräften zu fördern;

3. fordert die Mitgliedstaaten auf, durch geeignete politische Maßnahmen Anreize für Programme zur Vermittlung von Finanzwissen und zum Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu schaffen, um fundiertere Entscheidungen, insbesondere in Bezug auf die finanzielle Absicherung im Alter, zu ermöglichen;

4. bekräftigt, dass maßgeschneiderte und gemeinschaftsorientierte Initiativen erforderlich sind, und spricht sich gegen Pauschallösungen aus; verweist auf die Situation von Frauen, Jugendlichen und Menschen in ländlichen Gebieten und betont die Notwendigkeit, sich auf Sozialpartner, Kleinanleger-Verbände und zivilgesellschaftliche Bewegungen zu stützen, um gemeinsam spezifische Bedürfnisse und konkrete Projekte zu ermitteln, die so bürgernah und gemeindenah wie möglich sind, insbesondere für Bürgerinnen und Bürger, die über weniger Finanzwissen verfügen und daher am stärksten von finanziellen Schocks betroffen sind;

5. betont, dass Finanzkompetenz einen Zugang zu Finanzdienstleistungen erfordert, und fordert daher die zuständigen nationalen und europäischen Behörden, insbesondere die Aufsichtsbehörden, auf, die bestehenden Rechtsvorschriften durchzusetzen, um sicherzustellen, dass die auf dem Markt verfügbaren Finanzinstrumente leicht zugänglich sind und alle erforderlichen Informationen über die jeweiligen Konditionen auf transparente und verständliche Weise bereitgestellt werden;

6. schlägt die Schaffung eines europaweiten Netzwerks von Interessengruppen und zuständigen Behörden auf nationaler und europäischer Ebene vor, um auf konkreten übergreifenden und umfassenden Lösungen aufzubauen, die das Finanzwissen verbessern und langfristige Verhaltensänderungen in Bereichen wie Budgetplanung, Sparen und Auswahl geeigneter Produkte bewirken sollen;

Finanzkompetenz als Eckpfeiler der Spar- und Investitionsunion (SIU)

7. begrüßt die Mitteilung der Kommission vom 30. September 2025 über eine EU-Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz, die auf vier Säulen beruht, und betont, dass dieser wichtigen Initiative so bald wie möglich konkrete Schritte folgen müssen;

8. fordert die Kommission und die Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) auf, ein abfragbares und zugängliches EU-Register für Initiativen im Bereich der finanziellen Bildung einzurichten, zu unterhalten, zu erweitern und regelmäßig zu aktualisieren, wie in der Mitteilung der Kommission beschrieben, auch im Hinblick auf bewährte Verfahren für Programme am Arbeitsplatz, Projekte zur Einbindung junger Menschen und gemeindebasierte Ansätze, um die Verbreitung bewährter Verfahren in den Mitgliedstaaten zu unterstützen;

9. fordert die Kommission auf, bis Ende 2027 einen Bericht über die Umsetzung und Wirksamkeit der Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz zu erstellen, auch in Bezug auf die Ergebnisse des Botschafter-Netzwerks, des vorgeschlagenen Verhaltenskodexes und der EU-weiten Kommunikationskampagne, und gegebenenfalls weitere Maßnahmen vorzuschlagen;

10. nimmt das Engagement der Kommission für eine Agenda zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften und die konkreten Bemühungen zur Verringerung des bürokratischen Aufwands zur Kenntnis, die sich in mehreren gezielten Gesetzgebungsinitiativen niederschlagen; fordert die Kommission auf, die Grundsätze zu berücksichtigen, die ihrer Mitteilung über eine Strategie zur Förderung der Finanzkompetenz zugrunde lagen, und zwar mit Blick auf mögliche Initiativen im Bereich der Banken-, Finanzmarkt- oder Versicherungsregulierung;

11. betont die Notwendigkeit eines systematischen und kohärenten Ansatzes in Bezug auf Finanzkompetenz, Vorschriften zum Schutz von Kleinanlegern, dem Konzept für Spar- und Investitionskonten (SIA), anderen SIU-Initiativen sowie Banken- und Finanzmarktvorschriften;

12. schlägt die Veröffentlichung eines umfassenden Berichts vor, der von der Kommission in Auftrag gegeben wird, um den Bedarf und den Mehrwert möglicher gezielter Gesetzgebungsinitiativen zur Anpassung wesentlicher Rechtsvorschriften an die politischen Ziele der Verbesserung der Finanz-, Digital-, Daten- und Medienkompetenz zu ermitteln;

Die Verantwortung von Finfluencern im Hinblick auf die Verbesserung der Finanzkompetenz in Europa

13. hebt die Rolle der Finfluencer als neue Vermittler einschlägiger Finanzinformationen hervor, die junge und bisher nicht ausreichend abgedeckte Zielgruppen erreichen; stellt

fest, dass ihre Verantwortung und Rechenschaftspflicht gegenüber ihrem Publikum erheblich zugenommen hat;

14. fordert die Kommission auf, Finfluencer und Plattformen, die finanzielle Inhalte hosten, ausdrücklich in den Europäischen Verhaltenskodex für private und gemeinnützige Organisationen einzubeziehen, insbesondere durch ein freiwilliges Siegel für Inhaltsproduzenten, die sich an die Vorschriften halten;

15. fordert die Plattformen auf, weiterhin herausragende und seriöse Bildungsangebote auf dem Gebiet der Finanzkompetenz zu fördern, und bekräftigt, wie wichtig es ist, innovative Funktionen im Bereich der Kennzeichnung kommerzieller Kommunikation, Lösungen für Risikowarnungen und beschleunigte Melde- und Abhilfeverfahren gegen illegale oder eindeutig schädliche Inhalte einzuführen;

16. hebt die gesellschaftliche Verantwortung von Finfluencern und ihren wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Finanzkompetenz hervor; fordert diese Online-Akteure daher auf, zur Festlegung der europäischen Finanzstrategie beizutragen und an Veranstaltungen und Initiativen teilzunehmen, die von der Kommission oder den Mitgliedstaaten gefördert werden, wobei höchste Standards in Bezug auf Unabhängigkeit und Transparenz einzuhalten sind;

17. erklärt sich bereit, bei der Bewertung des Mehrwerts der EU-Leitlinien zur Kommunikation von Finfluencern mitzuwirken, da die Werbung für riskante Produkte und ungeprüfte oder irreführende Ratschläge, wie sie von einigen Akteuren ohne angemessene Rechenschaftspflicht verbreitet werden, negative Auswirkungen haben können;

18. schlägt vor, dass die Kommission einen paneuropäischen Finfluencer-Gipfel organisiert, um Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzkompetenz in Europa zu erörtern und darüber zu diskutieren, wie solche Online-Akteure reguliert werden sollten;

°

° °

19. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.